Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.5[illegible] [illegible] Postbezugsmonat 8.25 M., die selbst 2[illegible].75 M. einschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Zentr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1133 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 5-gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile der Text-Teil 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 51 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4004.

Nr. 65. Halle, Mittwoch den 9. Februar 1921. Einzelpreis 20 Pfg.

Faustdicke Wahllügen der Deutschnationalen.

Der Wahlaufruf der Deutschen demokratischen Partei zu den Preußischen Landtagswahlen hebt nachdrücklich hervor:

„Das grundsätzliche Festhalten der Deutschen demokratischen Partei an dem System der Privatwirtschaft hat unreife Sozialisierungs- und Kommunalisierungsexperimente verhindert und den Abbau der Zwangswirtschaft beschleunigt ..... Ihre unablässige Fürsorge für die unter der Not der Zeit am schwersten Leidenden, den gewerblichen Mittelstand, die Festbesoldeten, die Kleinrentner hat das Verständnis dafür, daß die Schichten unseres Volkes im Staatsinteresse erhalten und geschützt werden müssen, geweckt und gefördert."

Die Deutschnationalen aber wagen in der Presse zu behaupten, daß die Demokratie den gewerblichen Mittelstand durch Kommunalisierungsexperimente vernichten wollte. So ist vor einigen Tagen in allen bürgerlichen Zeitungen des Kreises Jüterbog-Luckenwalde folgendes Inserat veröffentlicht worden:

„Deutschnationale Volkspartei.

Die Sozialisierungskommission unter leitendem Einfluß der Demokraten Rathenau hat ein Kommunalisierungsprogramm entworfen, wonach unter anderem alle Gemüse-, Kleinkrams-, Kohlen- und Lebensmittelgeschäfte verstaatlicht werden sollen. Alle Kaufleute und Gewerbetreibende, welche ihre Existenz retten wollen, können also nicht sozialdemokratisch oder demokratisch wählen, sondern allein deutschnational. Die Deutschnationale Volkspartei ist die einzige Partei, welche unbedingt zuverlässig ist in ihrer Gegnerschaft gegen den Sozialismus, Kriegsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei."

Gegenüber solchen deutschnationalen Täuschungsversuchen braucht nur hervorgehoben zu werden, daß ein hervorragender Vertreter des gewerblichen Mittelstandes, der demokratische Reichstagsabgeordnete Obermeister Kniest-Kassel die Haltung der Deutschen demokratischen Partei in der Kommunalisierungsfrage in dem demokratischen Taschenkalender für 1921 wie folgt skizziert hat: „Die demokratische Partei fordert Freiheit und gleiches Recht für jeden; deshalb widmet sie ihre besondere Aufmerksamkeit der Entwicklung und Selbständigkeit des Gewerbestandes, dessen Stellung im heutigen Wirtschaftsleben virtisch bedroht ist. In allen wichtigen Fragen der nächsten Zeit, z. B. Handwerkergesetz, Kommunalisierung und Sozialisierung wird sie ihren bedeutenden Einfluß zu gunsten des selbständigen Mittelstandes geltend machen. Je mehr sich der Gewerbestand der demokratischen Partei anschließt, je mehr er seine Vertreter durch die demokratische Partei in die Parlamente entsenden kann, desto machtvoller werden auch die Forderungen des Gewerbestandes dort vertreten werden können. Darum: Handwerker, Gewerbetreibende, hinein in die Reihen der demokratischen Partei!"

Maßgebend ist vor allem das, was die parlamentarische Vertretung einer Partei tut. Die Deutsche demokratische Partei hat als erste in der Nationalversammlung die Kommunalisierung auf das entschiedenste bekämpft. Ihr Abgeordneter, der Abg. Nuschke, führte in der 100. Sitzung in der Nationalversammlung laut amtlichem Stenogramm aus:

„Das Kommunalisierungsgesetz wird den Gemeinden zweifellos eine große Erleichterung bringen. Es wird eine Unsicherheit beseitigen, die sich jetzt eingeschlichen hat. Wir sind damit einverstanden, daß Wirtschaft und Kraft in Gemeindebetrieb genommen werden und manches andere läßt sich auch kommunalisieren. Aber die Kriegswirtschaft hat uns doch gezeigt, daß der kleine Kaufmann, der Bäcker, der Fleischer usw. unentbehrliche Glieder für eine zweckmäßige Versorgung und für eine Anpassung an die individuellen Bedürfnisse sind. Wir müssen uns deshalb auf das allerentschiedenste der Kommunalisierung dieser Betriebe widersetzen."

So hat die Deutsche demokratische Partei in der früheren Koalition trotz des sozialistischen Ueberwichts jede Kommunalisierung erfolgreich verhindert. Was aber tun die Deutschnationalen? Ihre Landbünde und Genossenschaften schalten den Mittelstand praktisch aus. Wenn sie eine theoretische Gelegenheitsäußerung des Herrn Rathenau anführen, so wird der Mittelstand dadurch gewiß nicht geschädigt, wohl aber geht er dort zugrunde, wo das deutschnationale konservative Agrarierthum praktische Kommunalisierung betreibt und durch seine Wirtschaftsorganisationen jedem selbständigen Kaufmann und Handwerker den Boden der Existenz entzieht.

Eine ausländische Stimme zu den Preußenwahlen

v. Rh. Ich traf neulich mit einem Amerikaner zusammen, der hergekommen war, um die Verhältnisse in Deutschland zu studieren, namentlich unter dem Gesichtspunkte seiner finanziellen Sicherheit und seiner Kreditfähigkeit als Staat. Auf meine Frage nach seinen Eindrücken, erwiderte er: „Ich kann noch nichts bestimmtes sagen, das wird von den Preußenwahlen abhängen!"

Wieso von den Preußenwahlen?

Als ich herüber kam, wußte ich gar nicht, daß Preußen als Staat noch existiert und glaubte, es gäbe nur ein allgemeines Ringen zwischen Nord- und Süddeutschland. Jetzt sehe ich, wie wichtig die künftige Regierungsgestaltung in Preußen im Rahmen der heutigen Reichsverfassung ist. Das Reich ist nur dann vertrauenswürdig, wenn es konsolidiert ist, d. h., wenn die beiden Vormachtstaaten, Bayern und Preußen sich verstehen und das kann nur sein, wenn eine Regierung der Ordnung in Preußen zustande kommt.

Und wenn, wie wir hoffen, die Wahlbeteiligung der bürgerlich denkenden Kreise so sein wird, daß wir eine ruhige Regierung der Mitte bekommen, glauben Sie dann wirklich, daß uns wesentlich geholfen wäre?

Zweifellos! Denn in dem Augenblick wird das Zutrauen zu dem ernsten Willen Deutschlands, zu gesunden (und wo ein Wille ist, ist auch ein Weg), stärker werden, dann wäre die Vorbedingung geschaffen, um eine Anleihe größeren Stils diskutieren zu können, dann würde sich vor allem die Valuta heben. Wichtig ist und bleibt aber, daß wir sehen, daß die ruhigen Elemente in Deutschland, die Aufbau und inneren und äußeren Frieden erstreben, so stark sind, daß sie beider Wahlen Ausschlag geben können.

Kämpft mit Eurem Stimmzettel um den Wiederaufbau Deutschlands!

Keine amerikanischen Verhandlungen mit Deutschland.

Washington, 7. Februar. Das Staatsdepartement teilt amtlich mit, daß der amerikanische Kommissar in Berlin nicht ermächtigt worden ist, Verhandlungen mit Deutschland einzuleiten. Das Staatsdepartement stellt auch in Abrede, daß der Kommissar versucht habe, Besprechungen über die Frage der Verhandlungen zwecks Herbeiführung eines Sonderfriedens mit Deutschland einzuleiten.

Kohlenkatastrophe in Frankreich.

Paris, 8. Febr. (Eig. Drahtnachricht.) Infolge der durch das Spa-Abkommen ermöglichten Hamsterung der deutschen Kohlen sinkt der Absatz der französischen Gruben in fast katastrophaler Weise. In Calais liegen über 100 000 To., im Loiredepartement 115 000 Tonnen usw. Die Annahme ganzer Kohlenzüge wird verweigert, weil die Aufnahmefähigkeit der Bezieher überschritten ist. Falls dieser Zustand nur noch zehn Tage andauert, so ist nach dem Urteil der Bergwerksdirektoren eine Arbeitseinstellung mit allen ihren Begleiterscheinungen unvermeidlich.

Kosten des verlorenen Krieges.

Dem Vierundzwanzigsten Ausschuß des Reichstages sind interessante statistische Angaben über die Vorentschädigungen geschädigter Deutscher zugegangen. Wir bringen daraus folgende merkenswerte Zahlen:

1. Auslandsschäden. Bis zum 31. Dezember 1920 waren beim Bund der Auslandsdeutschen rund 52 000 Anträge eingegangen, wovon 27 000 an die Spruchkommissionen abgegeben sind, so daß beim Bunde unerledigt bleiben 25 000 Anträge. Beim Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen sind 11 000 Anträge eingegangen, an die Spruchkommissionen abgegeben oder sonst erledigt, sind 5000 Anträge, unerledigt sind beim Verband 6000 Anträge. Bei den 63 Spruchkommissionen sind von 33 915 Anträgen 27 747 durch Spruch erledigt, so daß unerledigt noch 6 168 Anträge sind. Zuerkannt haben die Spruchkommissionen bisher insgesamt 325 Millionen Mark. Davon sind rechtskräftig gewordene Sprüche über rund 210 Mill. Mark, davon ausgezahlt 150 Millionen Mark, während wegen der restlichen 60 Millionen Mark die Zustimmung der Finanzämter noch aussteht.

2. Von den Kolonialschäden sind von den Spruchkommissionen bisher zuerkannt 102 484 000 Mark. Von Elsaß-Lothringern sind 30 574 Schadensanmeldungen eingegangen. An Vorentschädigungen einschl. Abfindungen wurden bisher bewilligt an Beihilfen und Unterstützungen für Verdrängungsschäden rund 35 Millionen Mark, an Vorschüssen für Liquidationsschäden 1 165 000 000 Mark, von denen 945 Millionen auf die Schwerindustrie und sonstige Großbetriebe fallen. Die dem Reiche hinsichtlich Elsaß-Lothringens voraussichtlich erwachsenen Entschädigungslast wird sich auf 12,7 Milliarden stellen. Ueber die Schäden in den Ostmarken sind Angaben noch nicht gemacht, da sie bisher von Preußen vorschußweise verausgabt sind. An sonstigen Zuwendungen (Darlehen, Flüchtlingsfürsorge, Wiedergutmachung) hat das Reich 888,7 Millionen verausgabt. Zu diesen ungeheuren Summen treten noch die von den einzelnen Ressorts an Beamte gezahlten Beträge und die Kosten der Flüchtlingsfürsorge für Auslandsdeutsche, die Preußen verausgabt hat.

Das Handelsministerium gegen Sprengstoff-Schieber.

Von zuständiger Stelle wird der „Dena" geschrieben: Das Reichsschatzministerium hat auf Grund des Artikels 169 des Versailler Vertrages die Beschlagnahme der Heeressprengstoffe ausgesprochen, soweit sie nicht in ordnungsmäßig genehmigten Lagern untergebracht sind. Unter Heeressprengstoffen sind vornehmlich die zur Füllung von Geschossen, Minen und Nahkampfmitteln dienenden Sprengstoffe zu verstehen, wie Trinitrotoluol, Dinitrotoluol, Pikrinsäure (gepreßt und lose), Ammonal, Perdit, Ammonsalpetersprengstoff, außerdem rauchschwache Pulver, Schwarzpulver und Ammonpulver.

Das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe, das in Fortsetzung seiner während des Krieges ausgeübten Tätigkeit als Zentrale der gesamten privaten Sprengstoffwirtschaft mit Beginn der Demobilisierung die Ueberführung der entbehrlich gewordenen Heeressprengstoffe in die der Rohstoffe dringend bedürftige private Sprengstoffindustrie übernahm, hat in einem Runderlaß an die Regierungspräsidenten scharfe Maßregeln gegen die auf dem Gebiete des Sprengstoffhandels seit der Revolution eingerissenen Mißstände angeordnet. Bekanntlich bedroht das Sprengstoffgesetz vom 9. Juni 1884 denjenigen, welcher Sprengstoffe ohne polizeilichen Erlaubnisschein in Besitz nimmt oder Sprengstoffe in nicht genehmigten Lagern aufbewahrt, mit einer Gefängnisstrafe nicht unter 3 Monaten. Vor dem erwähnten Runderlaß des Reichsschatzministers war aber für den Erfolg eines scharfen Vorgehens gegen ungesetzlichen Verkehr mit Sprengstoffen wenig Aussicht vorhanden, weil die Sprengstoffschieber nur schwer zu fassen waren. Nachdem aber nunmehr alle Sprengstoffe, die nicht in ordnungsmäßig genehmigten Lagern untergebracht sind, als beschlagnahmt erklärt sind, ist den Polizeibehörden die Verfolgung des verbotenen Sprengstoffhandels wesentlich erleichtert. Hoffentlich wird also auf diesem Gebiete in absehbarer Zeit die Ordnung wiederhergestellt sein.

Landwirtschaftskammerwahlen.

Den Wahlen zum Preußischen Landtag am 20. Februar folgen am Sonntag darauf — am 27. Februar — in Preußen Wahlen zu den Landwirtschaftskammern. Auch hier wird auf Grund der Verhältniswahl gewählt. Wahlberechtigt sind die Eigentümer, Nutznießer oder Pächter land- oder forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke, die die Landwirtschaft im Hauptberuf ausüben und solche, die die Landwirtschaft im Nebenberufe ausüben, wenn dies nicht überwiegend zur Befriedigung des eigenen hauswirtschaftlichen Bedürfnisses geschieht. Grundbesitzer, die überwiegend aus der Bewirtschaftung ihrer Grundstücke ihren Lebensunterhalt beziehen, sind wahlberechtigt auch dann, wenn sie gelegentlich gegen Lohn in einem fremden Betriebe tätig sind. Das Wahlrecht steht auch denjenigen Ehefrauen zu, die in der Landwirtschaft mit tätig sind. Ebenfalls sind selbstverständlich wahlberechtigt diejenigen Frauen, die Mitinhaber oder Besitzer eines Grundstückes sind. Die Wahlberechtigung beginnt mit dem 20. Jahre. Wählbar sind die Wahlberechtigten vom 25. Lebensjahre ab, die mindestens ein Jahr ununterbrochen im Kammerbezirk wohnen.

Besondere Beachtung ist der Aufstellung der Wählerlisten zu schenken, da diese vollkommen neu zusammengesetzt werden. Wer nicht in den Wählerlisten steht, darf nicht wählen. Bei den Landwirtschaftskammerwahlen ist Stellvertretung zulässig. Im übrigen gelten dieselben formalen Bestimmungen über Aufstellung und Einreichung der Wahlvorschläge, wie bei den Kreis- und Provinziallandtagswahlen.

Zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen

Unter diesem Titel ist, bearbeitet von der Presseabteilung des preußischen Staatsministeriums, jetzt auf Grund amtlichen Materials eine Veröffentlichung erschienen (Verlag für Politik und Wirtschaft G. m. b. H. Berlin) die deutlich zeigt, wie die preußischen Ressorts bemüht waren, auch in dieser Zeit unendlicher Schwierigkeiten die ihnen anvertrauten Interessen nach Möglichkeit zu fördern. Von besonderem Interesse sind die ausführlichen Darlegungen des preußischen Handelsministeriums und des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten. Die beiden Ministerien werden bekanntlich von den demokratischen Ministern Fischbeck und Oeser verwaltet. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten darf mit besonderem Stolze die Vollendung des Mittellandkanals als positive Leistung buchen. Daß aber über größeren Dingen auch die berechtigten Interessen beispielsweise des Handwerks und Kleingewerbes nicht vergessen wurden, dafür zeugt der darauf bezügliche Abschnitt in dem Bericht des Handelsministeriums. Es heißt hier: Es wurde auf die aus dem Felde zurückgekehrten Handwerker besonders Rücksicht genommen, denen Werkzeuge und Waren aus Beständen der Heeresverwaltung zugeführt und in deren Interesse eine leichtere Befriedigung von Kredit durch Heimkehrende Kriegsteilnehmer durch Einschaltung der Kreditgenossenschaften unter gleichzeitiger Verstärkung der Mittel der Kriegshilfskasse geschehen wurde. Anlaß zu außerordentlichen Maßnahmen bot die Beschäftigungslosigkeit der Schornsteinfeger, die aus den abgetretenen Gebieten weichen mußten und die zeitweilige starke Arbeitslosigkeit im Bäcker- und Konditorengewerbe. Deren Steuerung wurde durch viel beachtete Erlasse bewirkt, die im Schornsteinfegerhandwerk und im Bäckergewerbe insofern Beschränkungen einführten, als für jeden Betrieb nur noch ein Lehrling zugelassen wurde. Ein Ausbau der Berufsberatung und der Berufsämter zeitigte Erfolge.

Gegen unpolitische Listen.

Für die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen, die am 20. Februar zugleich mit den Wahlen zum Preußischen Landtage stattfinden, wird vielfach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210209012/fragment/page=0001

der Versuch gemacht, sogenannte unpolitische Vorschlagslisten aufzustellen. Vor solchen Listen sei gewarnt. Der Plan der Aufstellung solcher unpolitischen Listen entspringt entweder der Furcht, offen Farbe zu bekennen und ist also ein Versuch, mit unpolitischen Listen politische Geschäfte zu machen oder ihre Urheber werden geleitet durch die Hoffnung, mittels der unpolitischen Listen ihre Vormacht in den Kreis- und Provinziallandtagen aufrechterhalten zu können. Bisher waren die Kreis- und Provinziallandtage wenigstens im Osten des Staates fast ausschließlich im Besitz der Konservativen. Die neuen Gesetze über die Zusammensetzung der Kreis- und Provinziallandtage drohen der Herrschaft der Deutschnationalen in den Kreis- und Provinziallandtagen ein Ende zu bereiten. Mittels der unpolitischen Listen hoffen reaktionäre Kreise hier ihre Herrschaftsstellung behaupten zu können. Dazu darf nirgends die Hand geboten werden. Also Vorsicht gegenüber unpolitischen Listen.

Der Zusammentritt des neuen preußischen Landtages

Wie die „Dena" von amtlicher Seite erfährt, hat sich das Preußische Staatsministerium in seiner letzten Sitzung mit der Frage des Zusammentritts des neu zu wählenden Landtages beschäftigt. Man war sich einig in dem Wunsche, den neuen Landtag mit größtmöglicher Beschleunigung zusammentreten zu lassen, damit nicht die Bildung der neuen Regierung durch das Dazwischentreten der Karwoche hinausgeschoben würde. Nach den Erklärungen des Landeswahlleiters, des Präsidenten des Statistischen Landesamts Saenger, der sich auf die bei der Reichstagswahl gemachten Erfahrungen stützt, ist für den 3. März die endgültige Zusammenstellung des amtlich ermittelten Ergebnisses zu erwarten. In kürzerer Zeit können bei den technischen Schwierigkeiten des neuen Wahlsystems mit seiner Errechnung der auf die Landeslisten entfallenden Mandate, die Zusammenstellungen nicht beendet werden. Vom 4. März ab erfolgen dann die Benachrichtigungen der gewählten Abgeordneten, die ihre Legitimationen und Fahrkarten erhalten. Auf den 10. März wird nunmehr, da dann alle Abgeordnete nach rechtzeitiger Benachrichtigung in Berlin sein können, das Plenum des Landtages einberufen. In den nächsten Tagen bleibt dann hinreichend Zeit zur Konstituierung und zur Wahl des Ministerpräsidenten, sowie zur darauf folgenden Berufung der Minister, so daß die Regierungsbildung vor der Karwoche abgeschlossen ist und das Parlament dann in die Osterferien gehen kann.

Hinausschiebung der Wahlen zu den preußischen Landwirtschaftskammern.

Der preußische Landwirtschaftsminister hat, wie der „Dena" von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, verfügt, daß die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern nicht am 27. Februar, sondern am 20. März 1921 stattfinden. Die Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge ist bis zum 5. März verlängert worden.

Die nordbayerischen Sozialdemokraten gegen die Zersplitterungspolitik.

Die sozialdemokratische Partei Franken veröffentlicht einen Aufruf an die nordbayerische Bevölkerung, in dem es u. a. heißt: Die Interessen Nordbayerns liegen nicht bei den Separatisten, sondern in der Einheit des Deutschen Reiches. Die werktätige Bevölkerung Nordbayerns hält eine Zersplitterungspolitik für verhängnisvoll und katastrophal. Kommt die Regierung in München nicht in letzter Stunde zur Besinnung, läßt sie es auf einen Bruch mit dem Reiche ankommen, dann wird die arbeitende Bevölkerung von Nordbayern ebenso wie die Bevölkerung von Württemberg und Baden das Tischtuch mit München zerschneiden und sich auf die Seite des Reiches stellen.

Achtet auf die Legitimationskarten!

Die Interalliierte Kommission hat heute vormittag der Presse eine Bekanntmachung bezw. Mitteilung übermittelt, in der sie die Bevölkerung auf die Bedeutung der Legitimationskarten aufmerksam macht. Es wird darin betont, daß Duplikate der verlorenen Karten gegen Zahlung der Ausstellungsgebühren unbedingt beschafft werden müssen. Falls festgestellt wird, daß Personen ihre Karten vernichtet haben, und für schuldig befunden werden, treten Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahre oder Geldstrafen von 1000—1500 Mark ein.

Technische Tagung der Reichseisenbahnen.

In Bamberg hat unter Vorsitz des Eisenbahnministers Gröner die zweite technische Tagung der Reichseisenbahnen stattgefunden. Nach einer langen Ansprache Gröners, worin er einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Verkehrslage gab, fanden eingehende Erörterungen zur Milderung der gespannten Betriebslage und über die allgemeinen Richtlinien zur Steigerung der Betriebsleistungen, die für zweckmäßig erkannte planmäßige Verringerung des Personalaufwandes, beschleunigte Einführung der durchgehenden Güterbremse, bessere Verwendung des Zugbegleitpersonals, sowie Einschränkung von Rangierleistungen und Verschärfung der Pünktlichkeitskontrolle im Personenzugverkehr. Gröner ist am Montag wieder abgereist.

„Geistige Freiheit" in Sowjetrußland.

Laut Verfügung des Volkskommissariats für Arbeit unterliegen der Pflicht zur Eintragung: Alle Personen, die in Rußland oder im Auslande eine Landwirtschaftsagronomische oder Forst-Lehranstalt bis zu Ende besucht oder einen Landmesserkursus durchgemacht haben. Alle Personen, die mindestens 2 Jahre die Stellung eines verantwortlichen Leiters der oben genannten Lehrgänge im Laufe der letzten 10 Jahre in der Land- und Forstwirtschaft eine Stellung bekleidet haben, die besondere Kenntnisse und Erfahrung erfordert; ferner alle Studenten der letzten 4 Semester der entsprechenden höheren Lehranstalten, die sich im Militärdienst befinden.

Neue griechische Offensive.

Nach Meldungen aus Smyrna wird von griechischer Seite in Kleinasien eine neue Offensive mit über 70 000 Mann organisiert. Die Türken machen große Vorbereitungen, um der griechischen Armee Widerstand leisten zu können. Nach Informationen aus kemalistischem Lager beabsichtigen die Türken, wenn die griechischen Truppen bei der Vorstehenden Offensive Erfolge erringen sollten, sich ins Innere zurückzuziehen und weiteren Widerstand vorzubereiten.

Deutsches Reich.

Zu dem Gesetz, betreffend Abweichungen vom Biersteuergesetz für das Betriebsjahr 1920/21, sind vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Ausführungsanordnungen erlassen worden. Danach sind bei Anrechnung des von den Brauereien zur Bierherstellung besogenen Reisballastes und Malzgutes auf das Malzkontingent 80 Teile Grieß 100 Teilen Gerste oder Weizen gleich zu setzen. Brauereien dürfen eine jede Menge von Reisballastgrieß zur Bierbereitung erst verwenden, nachdem die Verwendung dieser Menge steueramtlich besonders zugelassen worden ist. Ohne eine solche Zulassung kann die Menge zur Bierbereitung verwendet werden, wenn von einer bei der amtlichen Ueberwachung des Betriebs mit Lebensmitteln tätigen Nahrungsmittelunterschungsanstalt bescheinigt worden ist, daß der Reisballastgrieß zur menschlichen Ernährung nicht geeignet ist. Die begutachtende Stelle hat die Probe unmittelbar oder durch Vermittlung der für die Brauerei zuständigen Polizeibehörde zu nehmen. Der Probenehmer hat bei der Probeentnahme das Gewicht der Menge Reisabfallgrieß, die zu begutachten ist, festzustellen und zu bescheinigen. Die Probe ist nach der Begutachtung von der begutachtenden Stelle in ein von ihr zu versiegelndes Behältnis zu tun; auf dem Behältnis ist anzugeben, daß die Probe zu der von der begutachtenden Stelle ausgestellten Bescheinigung gehört. Die Brauerei hat die Bescheinigung und die Probe zur jederzeitigen Einsicht der Steuerbehörde aufzubewahren. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften sind unter Strafe gestellt. Außerdem ist angeordnet, daß neben der Strafe auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden kann, auf die sich die strafbare Handlung bezieht.

Das Nationalwirtschafts-Museum in Leipzig ist Dienstag vormittag eröffnet worden. Das aus dem Kriegswirtschafts-Museum hervorgegangene Institut ist das bisher einzige seiner Art in der Welt. Es besteht aus einer Schausammlung, einer Studiensammlung, einer Bibliothek und dem Archiv und bezweckt, die Grenzen der deutschen Volkswirtschaft festzustellen, indem ausgehend von den Kraftquellen die einzelnen Wirtschaftszweige dargestellt werden. Bis zu einer gewissen Vollkommenheit ausgestaltet sind bisher jedoch nur die Abteilungen Metalle, Textilien und Porzellan, andere Gebiete fehlen leider noch so gut wie ganz. Die Bibliothek zählt zurzeit schon rund 4500 wirtschaftliche Werke. Das Archiv verfügt über eine fast lückenlose Sammlung der während der Kriegs- und Nachkriegszeit herausgegebenen wirtschaftlichen Verfügungen, Erlasse und Bekanntmachungen des Reiches, verschiedener Bundesstaaten Kreise Gemeinden, Verbände usw. Außerdem enthält es eine fast vollkommene Reigeld-, Gefangenengeld-, Feldpermarken- und Lebensmittelkartensammlung. Dieses ganze Material soll, weiter ergänzt, stets auf dem Laufenden gehalten werden und verwertet werden, um über Deutschland und seine Volkswirtschaft aufzuklären, was durch Führungen im Museum, durch Vorträge, Arbeitsgemeinschaften, Lichtbildervorführungen, Veröffentlichungen usw. erreicht werden soll.

Der Wirtschaftliche Verband Deutscher Zahnärzte, E. V., trat am 30. und 31. Januar zu seiner Hauptversammlung unter dem Vorsitz von Dr. Pulvermacher (Berlin) in Nürnberg zusammen. Der Tagung ging eine offizielle Begrüßungsfeier im Zahnärztlichen Institut der Universität voraus. Die geschäftlichen Beratungen im „Hotel Schwan" befaßten sich insbesondere mit Fragen einer grundsätzlichen, der Neuzeit entsprechenden Neorganisation. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verband zurzeit fast 4000 deutsche Zahnärzte umfaßt. Zur Ausgestaltung der Geschäftsführung des Verbandes wurden im Laufe des Jahres zwei weitere hauptamtlich tätige Beamte angestellt. Besondere Förderung fand die Ausgestaltung der Fachpresse. Der aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Zahnärzte hat sich der Verband besonders angenommen. Nächst diesen geschäftlichen Angelegenheiten war der hauptsächlichste Gegenstand der Tagesordnung der von Lieb (Lüneburg) erstattete Bericht des Krankenkassenausschusses und der mit den Krankenkassenhauptverbänden abgeschlossene Manteltarifvertrag. Als weitere Gegenstände der Verhandlungen standen auf der Tagesordnung die Neugestaltung der R. V. O. der Ausbau der Schulzahnpflege, Referent Dr. Ulkan (Elberfeld), die Einleitung einer Diffestation für die durch den Krieg in Not geratenen Zahnärzte, Referent Dr. Salomon (Berlin). Nachdem als Ort für die nächste Hauptversammlung Halle (Saale) bestimmt war, fanden die Sitzungen am späten Abend ihren Abschluß.

Milchstreik der Pfälzer Bauern. Wie die „Pfälzische Post" meldet, hat die freie Bauernschaft den Milchstreik nunmehr bedingungslos abgebrochen.

Auslands-Rundschau.

Aus den vereinigten Staaten. Dem Beispiel des Repräsentantenhauses folgend hat der Senat zum zweiten Mal gegen das Veto Wilsons die Entschließung angenommen, in der die Herabsetzung des Heeres auf 175 000 Mann gefordert wird. — Das Staatsdepartement hat nichtamtlich mitgeteilt, daß die Kabelkonferenz ihre Beratungen wahrscheinlich am nächsten Freitag wieder aufnehmen wird. Die Aufgaben der Konferenz werden wahrscheinlich darauf beschränkt bleiben, einen neuen Boden zu finden, da ein vollständiges Uebereinkommen für unmöglich erhalten wird.

Die Umbildung des englischen Kabinetts. Wie in politischen Kreisen verlautet, wird noch in dieser Woche die Umbildung des britischen Kabinetts vollzogen werden. Es kann jetzt als nahezu sicher gelten, daß Sir L. Worthington Evans zum Nachfolger Churchills im Kriegsministerium bestellt wird und daß Lord Lee die Admiralität übernimmt. Die Frage, ob das Luftministerium als eigene Behörde weiter bestehen soll, ist noch nicht ganz geklärt.

Das allgemeine Wahlrecht in Japan abgelehnt. Das japanische Parlament hat mit 249 gegen 137 Stimmen den von der Oppositionspartei eingebrachten Gesetzentwurf über die Einführung des allgemeinen Wahlrechts abgelehnt.

Halle und Umgebung.

Halle, den 9. Februar 1921.

Die Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Aus dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf des Reichsarbeitsministeriums über die Kompetenz der Betriebsräte im Aufsichtsrat teilt der Hansa-Bund mit, daß den Betriebsräten darin in der Tat sämtliche Rechte von Aufsichtsratsmitgliedern zuerkannt werden. In einem Aufsichtsrat, der aus fünf oder mehr Mitgliedern besteht, sollen zwei Mitglieder des Betriebsrates entsandt werden, in allen anderen Fällen ein Mitglied des Betriebsrats. Zu den „gleichen Rechten und Pflichten" der übrigen zu einem Aufsichtsrat gehörenden Personen und des ein Aufsichtsratsmandat ausübenden Betriebsratsmitgliedes gehören besonders die Formvorschriften des § 244 H. G. B., ferner das Recht der Ueberwachung der Geschäftsführung, die Einsichtnahme in die Bücher, endlich die Strafvorschriften. Die durch den Gesellschaftsvertrag erweiterten Rechte und Pflichten gelten nach dem Entwurf auch für die Vertreter der Arbeitnehmerschaft. Bei einem Wahlkörper, in dem Arbeiter und Angestellte vertreten sind, kann die Minderheitsgruppe mit Stimmenmehrheit oder Stimmengleichheit die Entsendung eines Vertreters beschließen. Die ersten Wahlen für die „Betriebsrats-Aufsichtsräte" sollen drei Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes eingeleitet werden.

In der Begründung wird erklärt, daß die Arbeitnehmervertreter als Mitglieder des Aufsichtsrats ein Mehr an Vertretung gegenüber den Arbeitgebervertretern besäßen.

Dazu schreibt uns der Hansa-Bund: „Nach dem nunmehr im Original vorliegenden Entwurf erscheint es als ausgeschlossen, daß Arbeitgebervertreter dieser Auslegung des § 70 des Betriebsrätegesetzes zugestimmt haben. Der Widerstand, den dieser Entwurf des Reichsarbeitsministeriums hoffentlich in den Parlamenten finden wird, wird beweisen, daß die Arbeitgeber sich mit einer so einseitigen Auslegung des § 70 des Betriebsrätegesetzes niemals identifizieren können."

Naturwissenschaftlicher Verein für Sachsen und Thüringen.

Kürzlich sprach Herr Professor Dr. von Lippmann, Ehrenmitglied des Vereins, auf Grund eigener Forschungen über die Herkunft des Namens Chemie. Der Vortragende hat sich um die Erforschung der Geschichte der Chemie bedeutende Verdienste erworben, sein neuestes größeres Werk behandelt z. B. die Entstehung und Ausbreitung der Alchemie. Auch dem der Sonderwissenschaft Fernstehenden gewährt es einen Genuß, die großzügigen Gedanken, die hinweber bis in die feinste Kleinarbeit auseinandergelegt werden, zu verfolgen. So wurde auch die Herkunft des Namens Chemie in geschichtlicher und sprachwissenschaftlicher Beziehung erörtert.

Schon früh muß die Chemie unter diesem Namen verbreitet gewesen sein, suchte man doch bereits etwa im 3. Jahrhundert n. Chr. nach einem namengebenden Urheber dieser Kunst. In phantastischem Leichtsinn dachte man sich einen Erfinder aus, den man Chemos oder ähnlich nach der in Frage stehenden Wissenschaft benannte. Fabulierend brachte man gar Noahs zweiten Sohn Cham (Ham) hiermit in Verbindung. Unserm Zeitalter sind natürlich solche abenteuerlichen Deutungen nicht ernstlich erörterbar, und so suchte man unter dem Vorschatze der griechischen Sprache nach Stammwörtern, und siehe wurden des näheren in den Kreis der Betrachtung gezogen. Es wurde an das Gießen des Metalls gedacht, der edlen, sowohl als der unedlen, letztere hoffte man durch den Stein der Weisen in goldhaltige zu überführen. Solche Regierungskünste verführten den menschlichen Geist gar leicht zu betrügerischen Metallverwandlungen. Derlei Geheimkünste sollten nach einer Sage die gefallenen Engel die Menschentochter gelehrt haben. Weitere Sprachforschungen führten schließlich zu der Erkenntnis, daß das Wort Chemie wohl nicht unmittelbar als griechisches, sondern auf fremden Boden gewachsenes, in das Arabische übergegangen sei. In einem syrischen Wörterbuch um 950 n. Chr. wird die Kimia bezeichnet als die Wissenschaft von den sieben Metallen und der Verwandlung ihrer Natur, von den Arbeiten, die die unedlen und edlen Metalle betreffen (auch Glas), von der Herstellung des philosophischen Steines, sowie von der künstlichen Darstellung des Goldes und des Silbers. Ein älterer arabischer Schriftsteller führt sprichwörtliche Redensarten an: „Wer die Kimisa sucht, ist nicht sicher vor Verarmung", und „Nicht zu erlangen ist Jugend durch Schminke, Gesundheit durch Arznei, Vermögen durch Kimisa". Letzteres Wort bedeutet schließlich Goldmacherei und zwar eine betrügerische. So lautet im persischen Königsbuche eine Stelle: „Sein Herz war voll Kimisa (Falschheit)". Interessant sind auch die Folgerungen aus einer Stelle in Plutarchs „Isis und Osiris", in der das schwarzerdige Aegypten Chemia genannt wird. So wurde denn auch das Schwarzblei für den Grundstoff aller Metalle angesehen. Mit dem Namen ihrer Kunst brachten die Chemiker den anklingenden Namen des Landes (Aegypten) erst nachträglich zusammen, um die Chemie als eine uralte und eigentlich ägyptische Kunst hinstellen zu können. In ähnlicher Weise wurde auch von jüdischer Seite der Name Cham zur Chemie in Beziehung gesetzt. Bei den christlichen Kirchenvätern finden sich mancherlei Hinweise auf chemische Geheimnisse, die bald als himmlische Weisheit, bald als Werke des Teufels angesprochen werden. Als zugehörige Künste werden Magie und Astrologie erwähnt.

Eine „Thüringer Kirmes in Halle" veranstaltete Montag im „Stadtschützenhaus" der Kaufmännische Verein e. V. und Willi Schur vom Stadttheater hatte die Gesamtleitung. Alles klappte; klappte — im wahrsten Sinne des Wortes, angefangen mit den klappenden Schuhen der Dorfmädchen und Bauernburschen, die einen erfrischenden Tanz aufführten. Zwei Rummelplätze auf einmal konnten den verwöhntesten Ansprüchen gerecht werden; in beiden wurde getanzt, gelacht und geschert, geiobelt und gesungen, in beiden zogen bunte Papiergirlanden lachende Bahnen durch die Luft, lockten rebenumsponnene Lauben, lockten Weinzelt und Bauernschenke, Würstelbude und Zitherspieler zu beschaulichem Ausruhen (aber nicht der Geldtasche). Kreischend knarrte das Glücksrad; schwerfällig sich senkend setzte sich wieder und wieder das ratternde, lebensgefährliche Karussell in Bewegung. Und dann erklangen die Weisen des Leierkastenmannes, die Rummelmusik der Krähwinkler Dorfkapelle und die Kirmesmusik eines modernen Orchesters. Der kleine Heinerle aus dem „Fidelen Bauer" gab ein vielumjubeltes Gastspiel, eine Ringkampfkonkurrenz bot Beweise für die Muskelkräfte mancher Menschen, eine Tonnenquadrille auf Ammendorfer Vollblutbengsten geritten, konnte dieses Mal nicht nur Pferde, sondern selbst Menschen scheu machen, daneben die Clowspiele der beiden Possenreißer Schuz und Jan, die letzten von Dorfpolizisten bewachten Attacken, die fahrenden Sänger und zeigentanzenden Mädels, ein Cabaretl, genannt „Zur Schauderbüchse", war auch vorhanden; in ihm kräftigten sich erkleckrich die Herren Krahé, Roßleder, Naumann und Schreiber und die Damen Schur, Weber, Else und Werner. Nur waren unter den Bauernburschen, Dirndln und Stadtmenschen in Sonntagsanzug, in dem sie zur Kirmes aufs Land pilgern, allzuviele feine Stadtleut' in ebenso feinen Kleidern, in Cut und Smoking.

Familien-Nachrichten

Geboren: Walter Rehse (S.), Mötzlich.

Verlobte: Ilse Warnicke, Niederholzhausen — Landwirt Ernst Franke, Rittergut Ostrau.

Vermählte: Franz Kühn — Else Nestler, Halle.

Gestorben: Amtssekretär Franz Hübner, 74 J., Halle; Kaufmann Wilhelm Göricke, Halle; Privatmann August Tettenborn, 77 J., Halle; Obst- und Landschaftsgärtner Julius Krull, 49 J., Halle; Frau Wilhelmine Beyer geborene Töurmer, 68 J., Halle; Pfarrer Heinrich Schlitte, Döbel.

Kunst und Wissenschaft.

Dr.-Ing. Dem bekannten Flugzeugkonstrukteur Rumpler ist auf Grund einer Arbeit über Flugzeugmotoren von der Technischen Hochschule Charlottenburg der Titel „Dr.-Ing." verliehen worden.

Ernennung zum Ehrendoktor. Die wirtschaftliche Fakultät der Universität Frankfurt hat den Dr. phil. K. E. Markelin London, „den hochverdienten Organisator der Fürsorge für die deutschen Kriegsgefangenen, den guten Engel von vielen Tausenden deutscher Söhne" zu ihrem Ehrendoktor ernannt.

Deutschlands Zukunft im Urteil führender Männer. Unter diesem Titel wird in den nächsten Tagen im Verlag von Heinrich Dietmann in Halle ein neues Werk erscheinen, das aus der Feder führender Männer die deutsche Zukunft behandelt. Mitarbeiter des Werkes sind u. a.: Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Fehrenbach, Botschafter z. D. Graf Bernstorff, Präsident des Reichswirtschaftsrats von Braun, Reichsminister a. D. Dr. Dernburg, Pfarrer Kurt Engelbrecht, Prof. Dr. R. Foster, Oberregierungsrat Dr. Grabl, Minister a. D. Dr. L. Haas, Prof. Dr. Fr. Kern, Generalsekretär Dr. Karl Müller, Staatssekretär a. D. Dr. Aug. Müller, Prof. Dr. Plenge, Prof. D. M. Rade, Dr. P. Rohrbach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210209012/fragment/page=0002

Hochschulnachrichten.

„Das deutsche Buch", eine neue Zeitschrift. Im Verlag der Deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel (Leipzig, Kreuzstraße 3b) erscheint eine neue Zeitschrift „Das deutsche Buch". Die Zeitschrift enthält eine Bibliographie der Neuerscheinungen aller Buch- und Musikalien-Verleger, die Mitglieder der Gesellschaft sind, in sachlicher Anordnung. Dabei werden alle Verlagszweige, schöne Literatur, Kunst, Musik und die verschiedenen Gebiete der Wissenschaft gleichmäßig berücksichtigt, um sowohl dem auslandsdeutschen Gelehrten und Bücherfreund, wie dem Auslandsbuchhandel ein Mittel zur systematischen Erfassung der deutschen Spezialliteratur zu geben. Die vorliegende erste Nummer behandelt die neuste philosophische Literatur und enthält außer einem Aufsatz des Grafen Keyserling einen Ueberblick über die philosophischen Neuerscheinungen des letzten Jahres von Dr. Raymund Schmidt, ferner ein künstlerisches Selbstbekenntnis Jakob Wassermanns und eine Betrachtung „Beruf der Musik" von Prof. Dr. A. Scherling, der in der Zeitschrift fortlaufend eine Reihe von Musikaufsätzen veröffentlichen wird. Weitere Sonderhefte werden der bildenden Kunst, den Naturwissenschaften, der Märchen- und Jugendschriften-Literatur gewidmet sein. Von Zeit zu Zeit werden einzelne „Ländernummern" Ueberblicke über die in deutscher Uebersetzung erschienenen Werke fremder Sprachgebiete geben. Damit wendet sich die Zeitschrift an die Gesamtheit der ausländischen und auslandsdeutschen Leserwelt. Sie erstrebt letzten Endes mit ihrer Arbeit für das deutsche Schrifttum zugleich die Förderung des geistigen Austausches unter den Völkern.

Provinzial-Nachrichten.

⊙ **Nietleben**, 8. Febr. (Auf dem gut besuchten Festabend) für alle Pflegerfamilien-Hilfsklasse der Landesheilanstalt sprach Anstaltspfarrer Raule über Joh. Christ. Reil, der vor über 100 Jahren die hallischen Kliniken reformierte und mit seinen Ideen auch bahnbrechend für die heutige Irrenpflege war. Reil wies eingehend in großen Umrissen darauf hin, wo und wie derartige Krankenhäuser („Tollhäuser hießen sie damals) errichtet werden sollten. Der gefeierte und weltbekannte hallische Arzt, Naturphilosoph und Dichter war auch ein Freund von Goethe und hat der verarmten Stadt ein Solbad und ein Theater einrichten helfen. Nur kurze Zeit wirkte er an der neu errichteten Universität Berlin und starb 1813 als Held am Typhus in Halle, wo ihm das gesamte Lazarettwesen bis zur Elbe reichend, übertragen war. Die übrigen Darbietungen u. a. „Volkstänze der Jugend" wurden ebenfalls beifällig entgegen genommen.

§ **Lochau**, 8. Febr. (Zum ehrenden Gedächtnis der im Weltkriege gefallenen Krieger) ist auch in hiesiger Parochie geplant, ein Denkmal zu errichten. Es haben schon verschiedene Besichtigungen solcher Erinnerungszeichen stattgefunden und es ist denn auch kürzlich eine Sammlung freiwilliger Spenden in den Ortschaften Lochau, Wesenitz und Pritschöna in die Wege geleitet worden, welche den Betrag von rund 3400 Mark als Grundstock ergeben hat.

× **Liebenwerda**, 8. Februar. (Als Mörder der Landwirtsfrau Therese Lehmann) in Wiedenau bei Liebenwerda wurde der Gutsarbeiter Böhme ermittelt. Man fand bei ihm noch die blutbefleckte Säge, mit der er der Leiche die Beine abgesägt hatte.

() **Grüfenhainichen**, 8. Februar. (Versteckte Waffen.) Bei einer Haussuchung wurden bei zwei hiesigen Einwohnern ein kompletes Maschinengewehr, mehrere Maschinengewehrteile, Gewehre und Munition vorgefunden und beschlagnahmt.

)(**Hornburg**, 8. Februar. (Gefährliche Burschen.) Hier wurden zwei Männer festgenommen, die eine Feldscheune gewaltsam öffnen wollten. Man fand bei ihnen eine vollständige Einbrecherausrüstung, außerdem einen Browning und eine Flasche mit Aether.

—. **Stolberg**, 8. Februar. (Die Arbeiten zum Bau der Eisenbahn) von Rottleberode nach Stolberg sollen vorläufig nicht durchgeführt werden. Der Verkehrsminister hat das erforderliche Schienenmaterial wegen der Knappheit und teuren Preise nicht zur Verfügung gestellt, zumal er die Auffassung hat, daß die Bahn nur das Defizit unserer Eisenbahnverwaltung vermehren würde.

Sport der „Saale-Zeitung".

Wintersport.

Heutiger telegraphischer Wetterbericht. Im Oberharze bei minus 5 Grad, Schneefall, Graupelfall, trübes Wetter und Nordostwind. Brocken: Barometer beständig, 662 Millim., 9 Grad Kälte, Nordostwind 4, 25 Zentim. Schneehöhe, Neuschnee, beständige Witterung ist zu erwarten. Braunlage: minus 6 Grad, trübe, Schneefall, Rodel- und Schlittenbahn benutzbar, Schibahn mäßig. Benneckenstein und Elend: minus 5 Grad, Neuschnee, Schlittenbahn, Sportgelegenheiten teilweise benutzbar. Oberhof und Rennsteig: minus 5 Grad, Neuschnee, Schi- und Schlittenbahnen benutzbar. Schreiberhau: minus 5 Grad, Schneefall, 20 Zentim. Schneehöhe. Neuschlesische Baude: 1 Meter Schneehöhe, Neuschnee, vorzügliche Rodelbahn, Schibahn, Schlittenbahn, Winterlandschaft.

Die hallische Turnerschaft hielt am 7. Februar im Reform-Realgymnasium eine Versammlung ab, in der die Differenzen zwischen Turnen und Sport zur Sprache gebracht wurden. Der Gauvertreter, Herr Lehrer Meyer, erstattete mit einer eingehenden Darlegung über die verschiedenen schwebenden Fragen zwischen Turnerschaft und Sportbehörde die Versammlung. Zugleich wies der Vorsitzende auf die Notwendigkeit hin, alle evtl. Meinungsverschiedenheiten im friedlichen Sinne vorzutragen. An der dann einsetzenden Debatte beteiligten sich die Herren Büdgen, Engels, Traus, Herfurth, Löffler, Steinthal und Klins und gaben die meisten Erklärungen gleichfalls dem Wunsche Ausdruck, jetzt mehr als je auf ein einmütiges Zusammenarbeiten von Turnen und Sport hinzuwirken: Ziel und Aufgabe beider Organisationen ist die körperliche Ertüchtigung unseres gesamten Volkes. Infolgedessen fand die vom Vorsitzenden vorgeschlagene und später ergänzte Resolution allseitige Anerkennung. Die Resolution lautete: „Die hallischen Turner billigen die seitens des Ausschusses der Deutschen Turnerschaft eingenommene Stellung gegenüber den Auseinandersetzungen zwischen Turnen und Sport, und die hieraus hervorgegangenen Entschließungen, im Interesse einer Ertüchtigung unseres Volkes. Die hallische Turnerschaft tritt ein für gemeinsame Arbeit mit dem Sport unter Anerkennung gegenseitiger Gleichberechtigung."

Die Hauptverbandswettläufe des D.S.V. in St. Andreasberg sind abermals und zwar auf den 25., 26. und 27. Februar 1921 verschoben.

Vermischtes.

Eine Eisenschiebung. Von der Kriminalpolizei in Kolmar wurden der Bahnhofvorsteher, ein Aktionsbeamter und ein reicher Mäster eines Winterbarges festgenommen, die mehr als 200 Tonnen Eisen im Werte von 75 000 Franken abgeführt und an Eisenhändler des Autor- und Oberelsaß verkauft haben.

Einen erbärmlichen Nebenverdienst durch Milchfälschung machte sich ein Kutscher eines Hamburger Milchhändlers, der vom Kriegsversorgungsamt als Milchverteiler an die kleineren Milchhändler eingesetzt ist. Dieser Kutscher hat mit einem Milchhändler in Hammerbrook von jeder Kanne etwa vier Liter abgefüllt und durch Wasser ersetzt. Diese Milchfälschung wurde bereits seit einiger Zeit von Beamten der Gesundheitspolizei entdeckt. Jetzt gelang es, die Täter zu verhaften.

Wieder ein schweres Eisenbahnunglück. Auf der Strecke Paris-Limoges fuhr ein Personenzug auf einen Güterzug auf. Bisher wurden zehn Tote und 45 Verletzte, darunter mehrere Schwerverletzte, gemeldet.

Der Potsdamer Raubmörder verhaftet. Am Freitag wurde der 24jährige Schlosser und Schmied Hermann Grahl in Potsdam in der Wohnung seiner Eltern, Junkerstraße 23, festgenommen. Er gestand, der Mörder des Fräuleins Peel zu sein. In der Wohnung fand man Gegenstände der Ermordeten, auch ein Taschentuch mit dem Initialen D. Der Täter gab an, die Tat aus sadistischen Neigungen begangen zu haben.

Der Anwalt als Einbrecher-Komplice. Wie aus Wien gemeldet wird, verhaftete die Polizei den jungen Wiener Rechtsanwalt Dr. Meßinger, der als Anwalt Komplice seiner Klienten gewesen ist. Er sorgte nicht nur für die Beseitigung der Einbruchs-Erzeuge — er schmuggelte auch Ausbruchswerkzeuge in die Zellen. In der Sprechzelle veranstaltete er Diebeszusammenkünfte. Einzelne Einbrecher beschuldigten den Anwalt, daß er sie betrogen habe. Sie verwendeten den Advokaten nämlich dazu, um die gestohlenen Sachen sicheren Vertrauenspersonen zu übermitteln. Der Advokat hat Geld und Juwelen für sich verwendet und nur die wertlosen Dinge an Personen übermittelt. Dr. Meßinger soll u. a. auch männliche und weibliche Personen, die zu ihm in Beziehung standen, in das Landgericht eingeschmuggelt und die Liebespaare in der Zelle allein gelassen haben, wo sich dann Orgien abspielten. Der Anwalt soll das Opfer einer krankhaften Leidenschaft sein.

Streckenunterhaltung. Zwei Bekannte begegnen sich. Es regnet, schneit, stürmt. „Es ist abscheuliches Wetter heute!" sagt der Erste. — „Ja", meinte der Zweite, „und wie sich sowas herumspricht; an der vorigen Straßenecke hat mir das auch schon eine erzählt." (Berasstadt.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Portlandzementfabrik Halle A.-G. in Nietleben bei Halle.

Eine außerordentliche Generalversammlung, die Dienstag mittag im Hotel „Stadt Hamburg" stattfand, hatte sich mit dem schon mitgeteilten Antrage zu befassen, das Eigentum der Gesellschaft auf die Sächsisch-thüringische Portlandzementfabrik Prüssing & Co. in Göschwitz zu übertragen. In der Versammlung waren 559 Stimmen vertreten. Der Vorsitzende, Geheimer Kommerzienrat Dr. Lehmann, teilte den Verschmelzungsantrag mit und gab einen ausführlichen Bericht über die Gründe, aus denen heraus der Verschmelzungsgedanke entstanden sei. Bei der Portlandzementfabrik Halle mache sich eine umfassende Neugestaltung der technischen Anlagen nötig. Die Verwaltung müßte für die sehr kostspieligen Neu- und Umbauten beträchtliche Geldmittel beschaffen, die man auf über 5 Mill. Mk. zu beziffern habe. Mit dem gegenwärtigen Kontingent, das noch bis 1925 laufe, werde man aber bei einem Kapital von etwa 7 Mill. Mk. keine Dividenden herausarbeiten können. Auch für das vergangene Jahr sei ja keine Dividende zu erwarten. Angesichts dieser Verhältnisse erscheine das Angebot des Göschwitzer Werkes, das eines der finanziell und technisch besten in Deutschland sei, vorteilhaft. Auf je zwei Aktien der Portlandzementfabrik Halle werde eine Aktie von Göschwitz gegeben werden, dazu eine Zuzahlung von 40 Mk. je Aktie an die hallischen Aktionäre. Die Darlegungen wirkten überzeugend. Einstimmig beschloß die Versammlung, dem Verschmelzungsvertrag ihre Genehmigung zu erteilen.

Ein Aktionär nahm noch Veranlassung, der Verwaltung und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates im Besonderen den Dank abzustatten für die umsichtige und weitblickende Führung der Angelegenheit.

Der Fusionsvertrag wird rechtsgültig, wenn auch die auf den 12. d. M. einberufene Generalversammlung von Prüssing & Co. den Vertrag genehmigt.

Gegen die Getreide-Zwangswirtschaft.

Der „Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse" hat einmütig folgende Resolution gefaßt:

1. Die Zwangswirtschaft in Getreide hat einen unerhörten Rückgang der inländischen Produktion und Ablieferung herbeigeführt, sodaß das Brot der versorgungsberechtigten Bevölkerung heute aus zwei Drittel ausländischem und einem Drittel inländischem Getreide hergestellt werden muß. Die starke Einfuhr ausländischen Brotgetreides führt unweigerlich zur Katastrophe. Das einzige Heilmittel hiergegen ist die Hebung der inländischen Produktion. Wir verlangen zu diesem Zweck die Freigabe der inländischen Ernte an Brotgetreide, Gerste und Hafer, und zwar, wenn möglich, ohne Pflichtablieferung.
2. Wir protestieren gegen jede Art von Getreidemonopol, da das Monopol eine spätere Senkung des Brotpreises verhindern würde und durch seine Organisation verteuernd auf die Brotpreise wirkt. Wir protestieren auch gegen jede Art von Reichsverwaltung bei der Einfuhr ausländischen Getreides.
3. Für die vom Reichstag beschlossene Verbilligungsaktion für 500 000 Tons Mais verlangen wir, daß Einfuhr und Verteilung nicht durch eine staatliche Organisation, sondern durch den Handel einschließlich der Genossenschaften ausgeführt werden. Sobald die inländische Ernte freigegeben wird, sind alle Ausgaben für Verbilligung von Mais oder anderen Futtermitteln überflüssig und zu vermeiden.

Der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband gibt zur Vermeidung von Mißverständnissen bekannt, daß die Bestimmung des amerikanischen Kriegs-Handels-Amtes vom 14. Juli 1916, wonach geschäftliche Transaktionen, die in irgendeiner Beziehung zu dem beschlagnahmten deutschen Eigentum stehen, verboten sind, sich auf amerikanische Staatsangehörige bezieht, d. h. also es ist amerikanischen Staatsangehörigen verboten, derartige Geschäfte mit deutschen Staatsangehörigen abzuschließen.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 8. Februar 1920.

Chemnitzer Bankverein	200,00	Mansfelder Kuxe	4525,00
Leipziger Hypoth. Bank	157,00	Oelsnitzer Kuxe	900,00
Mitteld. Privatbank	204,00	Pittler, Leipzig	465,00
Cröllwitzer Papierfabk.	395,00	Prehlitzer Stamm-Akt.	--
Glauziger Zuckerfabk.	1160,00	„ Priorit.-Akt.	2000,00
Gr. Leipziger Straßenbahn	550	Riebeckbier	210,00
		„ Vorzugs-Akt.	117,00
Halleache Zuckerraff.	380,00	Rositzer Zuckerraff.	--
„ Zementfabk.	182,50	Rudelsburger Zementfabk.	--
Hugo Schneider, Peunsd.	93,750	Sachsenwerk	307,00
Körbisdf. Zuckerfabk.	760,00	Sondermann u. Stier	211,00
Leipziger Kammgarnspinnerei	729,00	Stöhr u. Co.	455,00
Leipziger Malzfabrik	204,50	Zimmermann, Halle	239,00
		Zimmermann, Chemnitz	273,00

Steigen der Selbstkosten. Der Verband Deutscher Emaillierwerke hielt, wie uns vom Eisen- und Stahlwarenindustriebund in Elberfeld mitgeteilt wird, seine ordentliche Hauptversammlung ab, in der ein beträchtliches Steigen der Selbstkosten infolge der Verteuerung der Chemikalien, der Kohle, der Gehälter und Löhne und der sonstigen Unkosten, insbesondere der Frachten, festgestellt wurde. Wenn trotzdem von einer Erhöhung der Verkaufspreise abgesehen wurde, so geschah dies, weil für Ende Februar mit einer Herabsetzung der Blechpreise durch den Eisenwirtschaftsbund gerechnet wird, sodaß ein Ausgleich der jetzigen Erhöhungen der Selbstkosten zu erhoffen ist.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Korfantysche Machenschaften gegen die Oberschlesier aus dem Reiche.

DA. Gleiwitz, 8. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Wie das polnische Plebiszitkommissariat in Beuthen und sein Chef Korfanty seine Aufgabe auffaßt, geht aus folgendem Dokument hervor, das hier in wortgetreuer Uebersetzung folgt:

Polnisches Plebiszitkomitee
für den Kreis Gleiwitz.

Gleiwitz, 22. Januar 1921.

An die Plebiszitkomitees des Kreises Gleiwitz!

Im Auftrage des Plebiszitkomitees in Beuthen schlagen wir vor und bitten darum, daß die Gemeindevertretungen Resolutionen in dem Sinne fassen möchten, daß sie keine Gemeindegebäude zur Unterbringung der zur Abstimmung kommenden Emigranten hergeben. Diese Resolution muß folgendermaßen lauten: Die Gemeindevertretung der Gemeinde X, Kreis X, hat in ihrer Sitzung vom soundsovielten folgenden Beschluß gefaßt: Angesichts der Tatsache, daß die Emigranten, die aus Deutschland kommen werden, den Frieden im Abstimmungsgebiet stören, wird durch Gewalt und Terroratte das Abstimmungsergebnis fälschen wollen, wie sie es in Schleswig, in Ermland und Masuren taten, haben wir, die Gemeindevertretung von X, uns dahin entschieden, daß wir die Unterbringung keines einzigen „Heimattreuen" in Gemeindegebäuden gestatten werden.

Es folgt die Unterschrift.

Zu diesem Zweck senden wir Ihnen ein Exemplar und bitten Sie, dahin zu wirken, daß Ihre Gemeinde in den nächsten Tagen diesen Beschluß fassen möchte. Dieser Beschluß muß im Gemeindebuch protokolliert, unter Vermittlung des technischen Beirates an den Kreiskontrolleur gesandt und in den Zeitungen veröffentlicht werden. Uns ist dann davon sofort Mitteilung zu machen. Falls in den Gemeinden keine Aussicht besteht, diese Resolution durchzubringen, so muß sie wenigstens vorgelegt werden. Da wir bis zum 1. Februar dem Plebiszitkommissariat in Beuthen die Gemeinden nennen müssen, welche die vorgeschlagene Resolution annehmen, bitten wir um Beschleunigung der Angelegenheit und um Benachrichtigung.

Polnisches Plebiszitkomitee für den Kreis Gleiwitz
gez. Felix Orlich.

Die Münchener Beratungen.

Demission des Ministerrats?

München, 8. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Der Ministerrat begann seine Sitzung heute gegen mittag. Diese Sitzung währte bis in die späten Abendstunden. Es hat sich dabei bereits um eine eventuelle Demission gehandelt, doch scheint man wegen des Nachfolgers einigermaßen in Verlegenheit zu sein. Die Besprechungen mit den Führern der Koalitionsparteien und im Anschluß daran mit den Parteien werden nach Abschluß des Ministerrates stattfinden.

Deutsche Gegenvorschläge in Paris?

Paris, 8. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Heute Nacht ist in Paris der französische Botschafter in Berlin, Laurent, eingetroffen. Er hatte sofort mit Briand eine lange Unterredung. Man macht uns darauf aufmerksam, daß Laurent unmittelbar von seiner Abreise in Berlin einen Besuch bei Dr. Simons machte und von ihm Mitteilungen über den Inhalt der deutschen Antwort auf die Ententenote über die Pariser Forderungen erhielt. Man nimmt an, daß die deutsche Regierung die Beschlüsse der Pariser Konferenz nur als Vorschläge auffassen wird.

Briand über die Sanktionen.

Paris, 8. Februar. (Drahtnachricht.) In der [illegible] Kammersitzung sagte Briand über die Sanktionen: diese seien Angelegenheit der Alliierten. Die Entschlüsse würden Deutschland mitgeteilt. Nach dem Friedensvertrage dürften hierüber die Deutschen Bemerkungen machen, die die Alliierten annehmen oder zurückweisen könnten. Wenn wir, sagte Briand, den Deutschen die Zwangsmaßnahmen mitgeteilt hätten, hätte es den Anschein erwecken können, daß es den Deutschen gestattet wäre, darüber Bemerkungen zu machen. Das aber erlauben wir nicht.

Eine hochherzige japanische Spende für deutsche Kinder.

DA. Berlin, 8. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) An amtlicher Stelle ist eine Nachricht aus Tokio eingegangen, der zufolge Herr Motoyama, der Besitzer zweier der gelesensten japanischen Blätter, der „Tokio Nitschi Nitschi" und der „Osaka Mainitschi", für die deutsche Kinderhilfe einen Betrag von 300 000 Mark zur Verfügung gestellt hat.

Neue englische Vorschläge hinsichtlich der Exportsteuer?

DA. Berlin, 8. Febr. (Eig. Drahtnachricht.) Von englischer Seite wurden, wie die „Dena" hört, Vorschläge laut, wonach die 12 proz. Ausfuhrabgabe in Vierteljahresraten festgestellt werden soll. Deutschland soll es freigestellt werden, die hierauf zu zahlende Summe von der Gesamtsumme abzuziehen. Diese Summe soll dann als Abtrag gedacht werden, so daß also der Plan der 12 proz. Abgabe fallen gelassen würde und ihr nur noch die Bedeutung einer Sicherstellung betreffs der 2 Milliarden-Annuität zukäme.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Marsella; für den volkswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Berichte, Gericht usw.: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil: F. Goerlings. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlags und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210209012/fragment/page=0003

Berliner Fondsbörse vom 8. Februar.

Das an der heutigen Börse dem Markt stärker zuströmende Material fand nur sehr schwer Aufnahme. Die Börse verkehrte infolgedessen in durchaus schwacher Haltung, von der besonders der Montanaktienmarkt betroffen wurde. Hinzu kam, daß Devisen eine gleichfalls nachgebende Haltung zeigten. Dollarnoten verkehrten vor Feststellung der amtlichen Notiz mit 62 à 61⅞.

Das Börsengeschäft geriet schließlich fast ganz ins Stocken.

Am Montanaktienmarkt überwogen bei weitem die Kursabschwächungen. Von westlichen Werten lagen besonders Mannesmannröhren, und Rheinische Braunkohlen angeboten, die Verluste über 20 pCt. aufwiesen. Bei den übrigen Papieren betrugen die Rückgänge durchschnittlich bis zu 5 pCt. Die Werte der Rhein-Elbe-Union waren sogar eine Kleinigkeit höher. Von oberschlesischen Werten erlitten Bismarckhütte einen 50proz. Kursverlust, während sich bei den übrigen die Abstriche in engen Grenzen hielten. Von sonstigen Industriepapieren waren Orenstein u. Koppel, Dynamit Nobel, Deutsche Waffen und Daimler stärker angeboten. Adlerwerke dagegen gesucht und höher.

... einen Teil ihrer gestrigen Kursgewinne wieder hergeben.

Der Schiffahrtsaktienmarkt zeigte keine einheitliche Haltung. Während Deutsch-Australier 11 pCt. und Hamburg Südamerik. Paketfahrt 13 pCt. verloren, konnten Argo weitere 10 pCt. anziehen. Die übrigen Werte leicht nachgebend.

Elektrowerte durchschnittlich bis zu 6 pCt. niedriger, nur Felten u. Guilleaume waren stärkeren Abgaben ausgesetzt.

Am Markte der chemischen Papiere waren in erster Linie Goldschmidt schwach (— 19 pCt.). Bei den Werten des Anilinkonzerns bildeten Kursverluste bis zu 10 pCt. die Regel.

Kalipapiere nicht einheitlich, doch vorwiegend rückgängig. Von Kalinebenwerten Krügershall und Heldburg höher; Mansfelder Kuxe mit 4500 M. (— 100) genannt.

Am Markte der Petroleumwerte waren bei lebhafterem Geschäft leichte Kursrückgänge zu verzeichnen. Deutsche Petroleum wurden mit 1875 à 1860, Deutsche Erdöl mit 1000 umgesetzt.

Das Bezugsrecht für die jungen Deutschen Petroleum-Aktien wurde heute mit 925 (1025 gestern) festgestellt.

Bankaktien hatten Kursverluste bis zu 3 pCt. Russische Banken rückgängig. Petersburger Internationale Handelsbank 99½ (100¼), Russenbank 90½ (92½).

Valutawerte im Einklang mit der Devisenbewegung niedriger, besonders Baltimore. Interesse machte sich nur für Schantung bemerkbar, die zeitweise bis auf 570 (+ 17) anzogen, ohne jedoch diesen Kursstand voll behaupten zu können. Die von Wien abhängigen Werte durchweg schwächer, ebenso Kolonialpapiere matt. Unter den im freien Verkehr gehandelten Werten Sloman mit 1975 und Pomona mit 4200 beträchtlich niedriger genannt.

Am heimischen Rentenmarkt war die Haltung nicht einheitlich, doch vorwiegend schwächer; die 3- und 3½proz. Reichsanleihen konnten eine Kleinigkeit anziehen, während die 3- und 4proz. preuß. Konsols rückgängig waren. Oesterreichische Renten geschäftslos, Ungarn behauptet. Die sogenannten Valutarenten mußten durchweg ...

Am Kassemarkte für Industriepapiere wurden niedriger: Zittauer Weberei 50, Varziner Papier 25, Flöha Tüll 25, Chemische Fabrik Grünau 20, Leipziger Werkzeugmaschinen 25, Mix u. Genest 25, Deutsche Schachtbau 24, Baroper Walzwerk 90, Industriebau 32, Zeitzer Maschinen 30, Wilke Dampfkessel 50 pCt. Höher: Faber Bleistift 8 pCt.

Im weiteren Verlaufe machte die abgeschwächte Haltung Fortschritte, so daß fast alle Papiere zu den niedrigsten Tageskursen schließen. Es gingen aus dem Markt: Buderus 538 nach 541, Hoesch 670 nach 674, Felten u. Guilleaume 470 nach 474, Daimler 225 nach 229, Orenstein & Koppel 470 nach 473. Leicht erholt Mannesmannröhren mit 535 nach 530, Phönix 542 nach 540.

Tägliches Geld 4½ pCt. Kosciuszkonoten 7,85 à 7,82½.

Marknotierungen heute: Holland 4,70, Zürich 9,95. Barrengold 35 250 - 35 750 M., Platin 110 M.

Kurszettel

der Berliner Börse

vom 8 Februar

Die Zahlen vor den Kursen bedeuten bei den festverzinslichen Papieren den Zinsfuß, bei den Aktien die zuletzt ausgezahlte Dividende

Deutsche Anleihen

Preußische Pfandbriefe

Prämien-Anleihen

Hypothekenb. Pfdb.

Stadtanleihen

Ausländische Anleihen

Ausl. Eisenb.-Oblig.

Industrie Obligationen

Deutsche Eisenb.-Akt.

Kleinbahn-Aktien

Schiffahrts-Aktien

Bank-Aktien

Brauereien

Industrie-Aktien

Kolonial-Werte

Fortlaufende Notierungen nach amtl. Feststellungen

Festverzinsliche Werte

Devisen	Bank-Disk.	8. 2. Geld	8. 2. Brief	7. 2. Geld	7. 2. Brief
Reichsbank-Diskont: 5%					
Holland . . . . . Gulden	4½	2116,85	2121,15	2132,85	2137,13
Belgien . . . . . Frank	5	456,00	457,00	462,00	463,00
Christiania . . . . Kronen	7	1111,85	1113,65	1143,85	1146,15
Kopenhagen . . . Kronen	7	1156,30	1158,70	119[illegible]	1193,70
Schweden . . . . . Kronen	7½	1363,60	1366,40	1378,60	1381,40
Helsingfors . . . . finn. M	9	217,75	218,25	213,75	214,25
Italien . . . . . . Lire	6	222,25	222,75	225,50	226,00
London . . . . . . Lstr	7	238,75	239,25	241,25	241,75
New York . . . . . Dollars	7	61,80½	61,94½	62,80½	62,94½
Paris . . . . Frank	6	435,55	436,45	441,05	441,95
Schweiz . . . . . . Frank.	5	999,00	1001,00	1011,45	1013,55
Spanien . . . . . . Pesetas	6	859,10	860,90	874,10	875,90
Wien alt . . . . . Kronen		—	—	—	—
Dt.-Oest abg. . . . Kronen	5	15,10½	15,14½	14,88½	14,92½
Prag . . . . Kronen	6	77,15	77,85	77,15	77,85
Budapest . . . . . Kronen	—	11,08	11,12	11,13	11,17

Kurse um 2 Uhr.

Sparprämienanleihe 84,75, Kriegsanleihe 77,50, Phönix 544, Gelsenkirchen 311,00, Harpener 495, Caro 240,00, Oberbedarf 244,00, Dt. Luxemburg 300, Bochumer 406,00, Laurahütte 300, Kattowitzer 283,00, Rheinstahl 499,50, Otavi-Ant 630, Orenstein & Koppel 475,50, Schantung 554, Canada 605, Hamburger Paket 184, Nordd. Lloyd 180,50, Hamburg Süd 202, Sloman 1960, Südsee-Phosphat 1625, Dt. Kolonial 6350, Pomona 4100, Erdöl 1040, Petroleum 1760, Hansa 285.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210209012/fragment/page=0004